



№ 3.

Statut,

die

**Verwaltung der Weichbilds-Gemeinden
und Feldmarks-Interessenschaften in der
Stadt Braunschweig**

betreffend.



Da es erforderlich ist, die Verhältnisse der Weichbilds-Gemeinden und der Feldmarks-Interessenschaften durch gewisse feststehende Normen zu ordnen, so werden darüber, mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, folgende statutarische Bestimmungen erlassen.

I. Von den Weichbilds-Gemeinden.

§. 1.

Die in der Stadt Braunschweig bestehenden 6 Weichbilds-Gemeinden (Weichbilds-, Weide Genossenschaften, Weide-Interessenschaften) werden gebildet durch die Eigenthümer derjenigen Reihenhäuser innerhalb

der Stadt, denen ein Antheil an den Nutzungen des Gemeindevermögens zusteht.

Die Angelegenheiten einer jeden Weichbilds-Gemeinde, insbesondere auch deren Vermögen, werden durch eine Deputation verwaltet, welche aus 7 zu den Mitgliedern der Gemeinde gehörigen Bürgern bestehen muß, von denen einer die Rechnungsführung zu besorgen hat.

§. 2.

Zu der Wahl der Deputirten sind sämmtliche Mitglieder der Genossenschaft mittelst einer in den hiesigen Anzeigen drei Mal einzurückenden, den Zweck der Versammlung genau bezeichnenden Bekanntmachung von der Verwaltungs-Deputation einzuladen, und es ist die Anwesenheit der Hälfte aller Stimmberechtigten erforderlich, bevor zur Wahl geschritten werden kann. Die Wahl geschieht nach relativer Stimmenmehrheit der Erschienenen.

Die Vorladung geschieht unter Androhung einer Strafe von 8 Ggr., welche, wenn wegen Abwesenheit zu vieler Stimmberechtigten die Ansetzung eines neuen Termins erforderlich wird, auf 16 Ggr., bei einem dritten Termine auf 1 Thlr. erhöht wird. Die Strafe wird, wenn die von dem Ausbleibenden vorgebrachten Entschuldigungsgründe von der Verwaltungs-Deputation für genügend nicht erachtet werden, von dem Feldhüter und nöthigenfalls von dem städtischen Executor auf

Kosten des Säumigen eingezogen und fällt der Gemeindecasse zu.

§. 3.

Das Amt eines Deputirten ist ein Ehrenamt. Ein jedes gewählte Genossenschaftsmitglied ist zu dessen Annahme verbunden und es befreien nur diejenigen Gründe, welche von der Annahme eines Gemeindeamts nach §. 24 der revidirten Städteordnung, frei machen. Diejenigen Interessenten, welche nach den Bestimmungen der Städteordnung nicht fähig sind, ein Gemeindeamt zu bekleiden, können auch nicht Deputirte werden.

Entstehen in Beziehung auf diese Punkte Zweifel, so entscheiden darüber in erster Instanz die Mitglieder der betreffenden Deputation selbst, in zweiter Instanz aber endgültig der Stadt-Magistrat.

§. 4.

Dasjenige Mitglied der Deputation, welches die Rechnungsführung besorgt, wird dazu ausdrücklich gewählt und bekleidet sein Amt sechs Jahre. Dasselbe erhält eine von der Deputation festzusetzende Remuneration, welche indeß, ohne Genehmigung des Stadt-Magistrats, außer einer Miethsentschädigung für die Einräumung eines Locals zu den Versammlungen der Deputation, zu höchstens 1 Thlr. monatlich, den Betrag von 2 % der stattfindenden laufenden Einnahme nicht übersteigen darf, wogegen aber Erstattung der baaren Auslagen für Papier, Copialien &c. vorbehalten bleibt.

Der Rechnungsführer hat vor Uebernahme der Geschäftsführung eine angemessene Caution zu bestellen.

Das Amt des Rechnungsführers kann abgelehnt werden.

§. 5.

Von den übrigen Deputirten treten alle 2 Jahre zwei aus. Von den jetzigen Deputirten treten nach dem Dienstalter am Ende des Jahres 1851 so viele, daß noch 4 übrig bleiben, und von diesen 2 am Ende des Jahres 1853 und am Ende des Jahres 1855 wiederum aus. Die gegenwärtigen Rechnungsführer werden in dieser Hinsicht als Deputirte betrachtet.

Scheidet der Rechnungsführer oder ein Deputirter innerhalb der Zeit, für welche er gewählt ist, aus, so ist sofort ein Ersatzmann zu wählen, welcher so lange bleibt, als der Ausgeschiedene noch zu fungiren hatte.

§. 6.

Ein jeder Deputirte, so wie der Rechnungsführer, können wieder gewählt werden; für den Fall der Wiederwahl kann aber auch der Deputirte die Annahme des Amtes ohne weitere Gründe auf 6 Jahre ablehnen.

Außerdem verfällt ein jeder Interessent, welcher das Amt des Deputirten nicht annehmen will und keine Befreiung nach §. 3 erlangt, in eine der Gemeinde-Casse zufallende, von der Deputation festzustellende Strafe von 3 bis 10 Thlr. für jedes Jahr, binnen welchem er das Amt zu verwalten gehabt hätte.

§. 7.

Der Rechnungsführer ist bei seinem Dienstantritte auf die genaue Befolgung dieses Statuts von dem Stadt-Magistrate oder einem Deputirten desselben eidlich zu verpflichten, jeder andere Deputirte hat selbige mittelst Handschlags an Eidesstatt anzugeloben.

§. 8.

Die Deputation wählt sich einen Vorsitzenden, welcher alle Eingaben in Empfang nimmt, die Deputirten, sobald er es für nöthig hält oder solches von einem Mitdeputirten gefordert wird, zur Versammlung beruft, in welcher er den Vorsitz führt, die Verhandlungen leitet und deren Beschlüsse er auszuführen hat. Von der Wahl des Vorsitzenden ist dem Magistrate Anzeige zu machen.

Die Deputation ist beschlußfähig, sobald 5 Mitglieder erschienen sind. Jedes Deputationsmitglied, welches ohne einen genügenden, dem Vorsitzenden, der Regel nach, zeitig vor der Versammlung anzuzeigenden Entschuldigungsgrund sich nicht einfindet, bezahlt 8 Ggr. Strafe, welche der Gemeinde-Casse zufallen. Ob ein Entschuldigungsgrund für genügend zu halten sei, darüber entscheiden die übrigen Deputations-Mitglieder.

§. 9.

Die Deputation faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit. — Bei Stimmengleichheit ist die

Frage in der nächsten Versammlung, zu welcher dann sämtliche Deputations-Mitglieder, unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung kommenden Gegenstand, vorzuladen sind, nochmals zur Verhandlung zu bringen, und hat dann, wenn wiederum Stimmengleichheit eintritt, der Vorsitzende die entscheidende Stimme.

§. 10.

Der Rechnungsführer hat alle in den Deputirten-Versammlungen gefaßten Beschlüsse in ein Buch einzutragen und sind dieselben durch Unterschrift der Deputirten zu legalisiren.

§. 11.

Auch hat derselbe die sämtlichen auf die Gemeinde-Angelegenheiten sich beziehenden Documente, Schriften &c. in einem festen Schranke bei sich aufzubewahren.

§. 12.

Die Verwaltungs-Deputation vertritt die Gemeinde einzelnen Mitgliedern und dritten Personen gegenüber, sowohl vor Gericht als außergerichtlich activ und passiv selbstständig, außer in den in den §§. 16 und 17 gedachten Fällen.

§. 13.

Zusbesondere hat die Deputation dafür zu sorgen, daß das Gemeinde-Vermögen auf die zweckmäßigste Weise benutzt und verwaltet wird, und zu diesem Ende die nöthigen Anordnungen zu treffen resp. zu beantragen.

§. 14.

Die Deputirten haben ferner darauf zu achten, daß die Gerechtsamen der Gemeinde vor Uebergriffen einzelner Gemeinde = Mitglieder, so wie dritter Personen gesichert bleiben.

Zu diesem Ende haben dieselben alljährlich die Feldmarken zu begehen, die Grenzen sowie die Wege, Dämme, Gräben, Hecken &c. genau zu besichtigen, die etwa bemerkten Uebergriffe einzelner Grundbesitzer; so wie sonstige Beeinträchtigungen der Gemeinde, zu verzeichnen, deren Abstellung zu veranlassen und für die Bestrafung strafbarer Handlungen zu sorgen, auch etwaige Verbesserungen anzuordnen.

Die Deputirten erhalten bei solchen Geschäften etwaige Ausgaben bis zum Betrage von 2 Thlr. für den Tag erstattet.

§. 15.

Den Mitgliedern der Deputation steht die Befugniß zu, die vorkommenden Geschäfte unter sich zu vertheilen, jedoch nur in soweit sie sich auf die Ausführung gefaßter Beschlüsse beziehen. Bei größeren außergewöhnlichen Arbeiten kann die Deputation den damit beauftragten Deputirten eine angemessene Vergütung bewilligen.

Auch ist die Deputation befugt, Personen außerhalb der Deputation, z. B. Rechtsverständige, Garten- und Feldgeschworene &c., insofern sie es erforderlich hält, gegen eine aus der Gemeindecasse zu zahlende

Bergütung zuzuziehen und mit größeren außergewöhnlichen Arbeiten zu beauftragen.

§. 16.

Die Deputation hat die Gemeinde = Dienstboten anzunehmen, zu überwachen und zu entlassen und die Bedingungen für die Ausnahme festzustellen.

Anstellungen auf Lebenszeit und Zusicherung von Pensionen bedürfen immer eines Beschlusses der ganzen Interessentenschaften und der Genehmigung des Stadt-Magistrats.

§. 17.

Freiwillige Veräußerungen oder Verpfändungen von Gemeindegroßstücken oder Gerechtsamen, Erwerbungen von Grundstücken und Gerechtsamen für die Gemeinde dürfen die Deputirten nicht für sich vornehmen und eben so wenig Capitalien an- oder ausleihen, in sofern nämlich die Belegung der Capitalien nicht bei der Leihhaus = Cassé oder in Landes- oder Cammer = Obligationen geschehen soll; auch endlich keine Einrichtungen treffen, durch welche die Substanz der Gemeindegroßstücke gänzlich verändert wird.

Beträgt der Werth der zu veräußernden oder zu erwerbenden Grundstücke oder Gerechtsame so wie der an- oder auszuleihenden Capitalien oder der in der Substanz zu verändernden Grundstücke, nicht über

100 Thlr., so haben die Deputirten nur die Genehmigung des Magistrats zu erwirken.

Beträgt die in Frage stehende Summe mehr als 100 Thlr., so ist zur Gültigkeit des gefassten Beschlusses die Zustimmung der ganzen Gemeinde und die durch den Stadt-Magistrat zu erwirkende Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums erforderlich.

§. 18.

Um zu jenem Endzwecke einen rechtsgültigen Beschluß der Gemeinde-Mitglieder zu erwirken, ist es erforderlich, daß

sämmtliche Interessenten, unter Angabe des Zwecks, durch eine dreimalige Bekanntmachung in den Anzeigen vorgeladen sind, und

die absolute Mehrheit der Erschienenen sich zu einem Beschlusse vereinigt.

Frauenzimmer haben sich durch einen von ihnen der Deputation anzuzeigenden Bevollmächtigten vertreten zu lassen; indeß können verheirathete Frauenzimmer auch ohne besondere Vollmacht durch ihre Ehemänner vertreten werden. Eine sonstige Bevollmächtigung ist unstatthaft.

§. 19.

In den Gemeinde-Versammlungen, dieselben mögen zum Zweck einer Wahl oder zu einer Beschlußfassung über andere Gegenstände stattfinden, führt ein Mitglied

der Deputation den Vorsitz und leitet die Verhandlungen, während ein anderes Deputations-Mitglied, ein Mitglied der Gemeinde oder ein zugezogener Rechtsverständiger das Protocoll führt. Die übrigen Deputations-Mitglieder gelten als Assistenten des Vorsitzenden.

Die Anträge der Deputation, so wie die Beschlüsse der Versammlung, werden zu Protocoll genommen. Anträge einzelner Interessenten sind der Deputation mitzutheilen und von dieser der Versammlung vorzulegen. Die Fragen, über welche abzustimmen ist, sind, abgesehen von vorzunehmenden Wahlen, immer so zu stellen, daß mit Ja oder Nein geantwortet werden kann. Die Abstimmung geschieht bei den Wahlen einzeln zu Protocoll. Die Gemeindemitglieder führen, außer bei den Wahlen, so viele Stimmen, als sie Antheile am Gemeindevermögen besitzen.

Das Protocoll ist von den anwesenden Deputations-Mitgliedern, dem Protocollführer und drei Gemeindemitgliedern zu unterschreiben und hat volle beweisende Kraft, sowohl gegen die nicht erschienenen Gemeindemitglieder, als gegen dritte, namentlich zur Legitimation der Deputation wegen ihrer auf die Gemeinde-Beschlüsse zu gründenden Anträge.

§. 20.

Der Rechnungsführer insbesondere hat für die gehörige Einziehung der Forderungen der Gemeinde zu sorgen. Rückständige Pachtgelder, Capitalzinsen und

sonstige rückständige Gefälle, so wie Rückstände aus öffentlichen Versteigerungen, kann er ohne weitere Vollmacht eintragen, hat jedoch der Deputation von jedem angestellten Proceß Anzeige zu machen.

Bei anderen Proceßten der Gemeinde hat der Vorsitzende der Deputation die Gemeinde vor Gericht zu vertreten; es bedarf dazu aber immer eines Beschlusses der Deputation.

§. 21.

Die stehenden und die aus schriftlichen Verträgen entspringenden Ausgaben berichtet der Rechnungsführer ohne Weiteres; bei anderen Ausgaben hat derselbe die Genehmigung der übrigen Deputirten zuvor zu erwirken.

§. 22.

Der Rechnungsführer stellt jährlich eine Rechnung über die gehabten Einnahmen und Ausgaben auf, welcher die nöthigen Beläge beizufügen sind und die ein Verzeichniß der Besitzungen, Gerechtsame, Forderungen und Schulden enthalten muß.

Die Rechnung ist zunächst den Mitdeputirten, und zwar bis zu Ende des Monats Februar des folgenden Jahrs, in duplo vorzulegen, welche dieselbe prüfen und mit ihren etwaigen Erinnerungen dem Stadt-Magistrate binnen 14 Tagen nach dem Empfange einreichen.

Der Stadt-Magistrat hat die Rechnungen gleichfalls zu revidiren und sodann zur Beantwortung seiner

eigenen und der Erinnerungen der Deputation einen Termin anzusetzen, in welchem der Rechnungsführer und die Deputirten zu erscheinen haben.

Auf die Beantwortung der monita Seitens des Rechnungsführers werden die Entscheidungen entweder durch den Deputirten des Magistrats sofort zu Protocoll oder nachher schriftlich ertheilt. Der Rechnungsführer hat sich nach Abgabe der Entscheidungen sofort zu erklären, ob er dieselben anerkennen will oder nicht, und im letztern Falle seine Gründe dem Stadt-Magistrate binnen 8 Tagen schriftlich vorzutragen, welcher darüber entscheidet, nachdem derselbe erforderlichen Falls die Deputirten nochmals gehört hat.

Entscheidet der Magistrat nicht auf eine den Rechnungsführer zufriedenstellende Weise, so ist derselbe befugt, die Sache binnen anderweiten 8 Tagen zur Entscheidung des Herzogl. Staats-Ministeriums zu bringen, und eine gleiche Befugniß steht der Verwaltungs-Deputation zu, wenn der Stadt-Magistrat ein von ihr gestelltes monitum aberkennt. In dem Falle, daß ein monitum des Magistrats gegen eine von der gesammten Deputation beschlossene, von dem Rechnungsführer ausgeführte Maßregel gerichtet ist, muß bei Beantwortung desselben und dem fernern Verfahren die Deputation selbst zugezogen werden, so wie der gegen die Entscheidung des Magistrats zulässige Recurs von der Deputation zu verfolgen ist.

Entscheidungen des Stadt-Magistrats, welche der

Rechnungsführer oder die Verwaltungs-Deputation ausdrücklich oder durch Versäumung der Beschwerdefrist stillschweigend anerkannt haben, oder welche vom Herzogl. Staats-Ministerium auf erhobene Beschwerde erfolgt sind, haben zwischen dem Rechnungsführer und der Interessentenschaft die Kraft gerichtlicher Erkenntnisse.

Nach erledigter Rechnungsabnahme ertheilt der Stadt-Magistrat dem Rechnungsführer das Liberatorium; jedoch können Rechnungsfehler vom Stadt-Magistrate auch nachher noch eingebessert werden.

Von der Gemeinderrechnung behält der Stadt-Magistrat das eine Exemplar in der Registratur, während das zweite bei den Acten der Gemeinde aufbewahrt wird.

§. 23.

Die abgenommene Gemeinderrechnung kann jedes Gemeinde-Mitglied bei dem Stadt-Magistrate innerhalb einer Zeit von 4 Wochen, deren Anfangszeit durch die Anzeigen bekannt zu machen ist, einsehen. Wer diese Frist versäumt, ist nicht mehr befugt, die Vorlegung der Rechnungen zu verlangen.

§. 24.

Der Rechnungsführer hat ein Buch einzurichten, in welches die sämmtlichen Grundstücke und Gerechtsame, sowie etwa vorhandene Forderungen und Schulden, eingetragen werden; in dasselbe sind auch alle eintretende

Veränderungen nachzutragen und solches jedesmal mit der Rechnung zur Revision einzureichen.

§. 25.

Auch hat der Rechnungsführer stets ein genaues Verzeichniß der Gemeinde-Interessenten zu führen, zu welchem Ende derjenige, welcher als Gemeinde-Interessent eintritt, bei einer Strafe von 16 Ggr., binnen 14 Tagen bei dem Rechnungsführer sich zu melden hat.

Die Strafe fällt der Gemeinde-Casse zu und wird nach den Bestimmungen im §. 2 eingezogen.

II. Von den Feldmarks-Interessenschaften.

§. 26.

Die Feldmark der Stadt Braunschweig, welche alle zwischen dem Umfluthgraben der Stadt und den Feldmarken der benachbarten Ortschaften belegenen Grundstücke umfaßt, soll in 6 besondere Feldmarken getheilt werden, und zwar:

die Feldmark	Hagen,
"	" Altewief,
"	" Wilhelmithor,
"	" Hohethor,
"	" Altpetrithor und
"	" Neupetrithor.

§. 27.

Die innerhalb der Grenzen einer Feldmark be-

findliche Weide-Interessenschaft und die übrigen Besitzer der daselbst belegenen Grundstücke, es mögen solche in Aekern, Gärten, Wiesen oder Aengern bestehen, bilden die Feldmarks-Interessenschaft.

§. 28.

Um den Umfang der einzelnen Feldmarken festzustellen, soll möglichst bald, nach Erlassung dieses Statuts, eine Regulirung der Grenze, sowohl des ganzen Stadtgebiets gegen die benachbarten Ortschaften, als der einzelnen Feldmarken unter sich, durch den Stadt-Magistrat vorgenommen und auf Grundlage derselben eine genaue Beschreibung der Grenzen aufgestellt und als Anhang zu diesem Statute veröffentlicht werden.

Etwa sich findende Zweifel oder für zweckmäßig erkannte Veränderungen des Stadtgebiets sind von dem Stadt-Magistrate, nach eingeholter Erklärung der Stadtverordneten, zur Entscheidung des Herzoglichen Staats-Ministeriums zu bringen.

§. 29.

Die Weichbildsgemeinden bleiben hinsichtlich ihres Vermögens von den Feldmarks-Interessenschaften getrennt und bilden nur da mit den letztern ein Ganzes, wo es sich um Angelegenheiten der ganzen Feldmark handelt.

Bei Angelegenheiten der ganzen Feldmarks-Interessenschaft werden diejenigen Weichbilds-Genossenschaften,

in denen noch keine Special-Separation stattgefunden hat, durch ihre Deputationen vertreten. Nach ausgeführter Special-Separation vertritt die Deputation nur die zu Gemeindezwecken reservirten Grundstücke, die einzelnen Abfindungspläne werden durch ihre Eigenthümer vertreten.

§. 30.

Die Deputirten der sechs Weichbildsgemeinden sind zugleich die Vorsteher der entsprechenden Feldmarks-Interessenschaften.

§. 31.

Sie haben die Gerechtsamen der Feldmarks Interessenschaften wahrzunehmen, allen Unordnungen, so wie Uebergriffen dritter Personen und der Interessenten selbst, entgegen zu treten und deren Abstellung und die Bestrafung strafbarer Handlungen zu veranlassen.

Sie sind in dieser Hinsicht befugt, die ganze Feldmarks Interessenschaft activ und passiv, gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, und finden die Verpflichtungen, welche der §. 14 der Deputation rücksichtlich der Weichbildsgemeinden auferlegt, auch in Beziehung auf die Feldmarks Interessenschaft Statt, während die derselben im §. 15 eingeräumten Befugnisse auch hier eintreten.

§. 32.

Die Deputation hat insbesondere für die gehörige

Ausübung der Feldpolizei zu sorgen und kann zu diesem Ende einen oder mehrere Feldhüter annehmen, sich auch des Beistandes der Polizeibeamten und des Polizeimilitärs durch Vermittlung der zuständigen Behörde bedienen.

§. 33.

Dieselbe hat ferner für die Instandsetzung und Unterhaltung der Wege und der dazu gehörigen Nebenanlagen zu sorgen und sich dabei nach dem Statute für die Wegeverbesserungen in der Feldmark der Stadt Braunschweig zu richten.

§. 34.

Auch hat sie darauf zu achten, daß die Abzugsgräben zur gehörigen Zeit geöffnet werden.

§. 35.

Bei Neuanbauten, welche vor den Thoren vorgenommen werden, hat sie sich zu vergewissern, daß dazu die obrigkeitliche Erlaubniß vom Stadt-Magistrate ertheilt ist, im entgegengesetzten Falle aber deren sofortige Sistirung zu veranlassen.

§. 36.

In Beziehung auf die Ausübung des Jagdrechts in der Feldmark hat die Verwaltungs-Deputation darüber Beschluß zu fassen, ob selbiges durch Verpachtung

oder Administration genutzt werden soll, so weit nicht der einzelne Feldmarks-Interessent gesetzlich die Ausübung der Jagd für sich allein in Anspruch nehmen kann. Im Falle die Administration beschlossen wird, hat sie zugleich zu einer gehörigen Administration die nöthigen Einrichtungen zu treffen und die Verantwortlichkeit für jeden Mißbrauch zu übernehmen.

Die Revenüen von der Jagd werden, soweit sie nicht zu den Verwaltungskosten der Interessentschaft benutzt werden, und sobald es der Mühe werth ist, unter die theilhaftigen Grundbesitzer nach Maßgabe ihres Grundbesitzes vertheilt.

§. 37.

Die Kosten der Verwaltung, so wie die sonstigen Ausgaben der Feldmarks-Interessentschaft, sind von den einzelnen Grundbesitzern nach Verhältniß der Größe ihres Grundbesitzes zu tragen, insofern nicht rücksichtlich einzelner Ausgaben durch Gesetz oder Statut eine andere Vertheilungsnorm festgestellt ist oder einzelne Ausgaben nur für einen Theil der Feldmarks-Interessenten allein gemacht sind, in welchem Falle sie nur von diesen, nach Verhältniß des Grundbesitzes, getragen werden. Die Repartition geschieht durch die Verwaltungs-Deputation in der Art, daß nur volle und halbe Morgen berechnet werden, und jeder Besitz unter einem halben für einen halben, zwischen einem halben und einem ganzen Morgen für einen ganzen Morgen

gerechnet wird. — Häuser werden nicht besonders in Ansatz gebracht.

Diese Beiträge sind nöthigenfalls, gleich den Communalasten, executivisch einzuziehen, und es haften dafür insbesondere auch die Grundstücke selbst.

§. 38.

Befreit von Beiträgen zu den Kosten der Verwaltung sind:

- 1) Die Herzogl. Gärten, so wie die für den Bedarf der Hofhaltung des Landesfürsten vorbehaltenen Grundstücke,
- 2) die Gärten der Mitglieder des Herzogl. Hauses,
- 3) die Begräbnißplätze,
- 4) die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenhäuser, Schulen und der städtischen Armen-Anstalt, insoweit von diesen Grundbesitzungen bisher zu den städtischen Lasten oder zu den Ausgaben der Feldmarks-Interessenschaften nichts beigetragen ist.
- 5) diejenigen Grundstücke, deren Befreiung sich auf rechtskräftige Erkenntnisse oder ausdrückliche Verträge gründet.

§. 39.

Ueber die Frage, ob einzelne Ausgabeposten von der Feldmarks-Interessenschaft, der Weide-Genossenschaft oder einzelnen Grundbesitzern getragen werden müssen,

entscheidet bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten, auf den Antrag der Deputation, in erster Instanz der Stadt-Magistrat und auf eine binnen 4wöchiger Frist erfolgte Reclamation eines der Betheiligten in zweiter und letzter Instanz das Herzogl. Staats-Ministerium, unter Ausschluß jedes processualischen Verfahrens.

§. 40.

Der Rechnungsführer der Weide-Genossenschaft hat auch die Rechnungsführung für die Feldmarks-Interessenschaft zu besorgen, und es kann ihm dafür, auf Antrag der Deputation, durch den Stadt-Magistrat eine besondere Vergütung zugebilligt werden.

Die Befugnisse des Rechnungsführers sind die im §. 20 und §. 21 enthaltenen; rücksichtlich der Rechnungsführung und der Abnahme der Rechnung finden die Vorschriften der §§. 22 und 23 Anwendung.

§. 41.

Die Deputation ist in der Regel allein befugt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Verlangen Gesetze oder Statut in einzelnen Fällen die Vernehmung sämtlicher Interessenten, oder hält die Verwaltungs-Deputation solche für zweckmäßig, so sind die Interessenten durch die hiesigen Anzeigen, unter specieller Angabe des Zwecks, drei Mal vorzuladen, und die auf Vorladung erscheinenden Grundbesitzer fassen dann nach absoluter

Mehrheit über den zu berathenden Gegenstand Beschluß, welcher auch die übrigen, nicht erschienenen bindet.

Das Verfahren in solchen Versammlungen ist übrigens, wie im §. 19 vorgeschrieben worden.

§. 42.

Die Verwaltungs-Deputation hat baldthunlichst ein Verzeichniß sämmtlicher, zur Feldmark gehörigen Grundstücke, unter Angabe der Namen der jetzigen Besitzer, aufzustellen, durch die Braunschweigischen Anzeigen drei Mal öffentlich bekannt zu machen und zur Anmeldung von Reclamationen eine Frist von 4 Wochen anzusetzen, unter dem Präjudize, daß, im Falle keine Reclamationen vorgebracht werden sollten, die in dem Verzeichnisse aufgeführten Personen als Eigenthümer der ihnen zugeschriebenen Grundstücke und als Angehörige der Feldmarks-Interessenschaft insofern angesehen werden würden, daß sie zur Tragung der mit dem Grundbesitze verbundenen Lasten verpflichtet sein.

Jenes öffentlich bekannt gemachte Verzeichniß hat nach Ablauf der festgesetzten Anmeldungsfrist vollbeweisende Kraft zur Einziehung aller laufenden und außerordentlichen Beiträge.

Nach Feststellung des Verzeichnisses und der Feldmarksgrenzen, so wie nöthigenfalls stattgehabter Berücksichtigung der ganzen Feldmark und Beseitigung etwaiger Eingriffe Einzelner in die Rechte der Gesamtheit, hat die Verwaltungs-Deputation für Anfertigung einer neuen

Feldcharte zu sorgen, welche bei dem Rechnungsführer in glaubhaftester Form aufzubewahren ist.

§. 43.

Eine jede Besitz-Veränderung, welche nach der Bekanntmachung des vorstehend gedachten Verzeichnisses eintritt, ist dem Rechnungsführer von dem neuen Abquirenten, bei einer der Feldmarks-Interessentschafts-Casse zufallenden Strafe von 4 Ggr., binnen 14 Tagen anzuzeigen. In Beziehung auf die Einziehung der Strafe kommen die Bestimmungen des §. 2 zur Anwendung.

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Weichbilds- und Feldmarks-Interessentschaften.

§. 44.

Die Verwaltungsdeputation und insbesondere auch der Rechnungsführer stehen zu dem Stadt-Magistrate in dem Verhältnisse von Hülfsbeamten und letzterer hat die Befugniß, dieselben nöthigenfalls durch Geldstrafen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten.

§. 45.

Etwaige Beschwerden gegen die Deputation hinsichtlich ihrer Verwaltung oder gegen den Rechnungsführer, wenn sich zu derselben wenigstens 20 Mitglieder

vereinigt haben, können bei dem Stadt-Magistrate an gebracht werden und hat dieser darüber zu entscheiden.

Etwaige Entschädigungsansprüche, so weit sie nicht gegen den Rechnungsführer aus der Rechnungsführung erhoben werden, gehören zur Entscheidung der competenten Civilgerichte.

§. 46.

Gegen die von dem Stadt-Magistrate, sowohl in Beziehung auf die Angelegenheiten der Weichbilds-Genossenschaften als der Feldmarks-Interessenschaften, abgegebenen administrativen Verfügungen steht jederzeit, sowohl der Verwaltungs-Deputation als dem Rechnungsführer oder den Einzelnen, gegen welche dieselben gerichtet sind, der Recurs an Herzogl. Staats-Ministerium zu.

§. 47.

Bei allen allgemeinen Anordnungen, Einrichtungen und Bestimmungen, welche von dem Stadt-Magistrate in Beziehung auf die Weichbilds-Genossenschaften und Feldmarks-Interessenschaften getroffen werden, muß die Verwaltungs-Deputation vorher gehört werden und es ist deren Gutachten von dem Stadt-Magistrate mit einzusenden, wenn zur gültigen Erlassung jener Verfügungen die Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums oder die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ist.

Vorstehendes Statut wird, nachdem Herzogliches Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 15. Juli v. J., № 6406, die Genehmigung dazu ertheilt hat, hiermit veröffentlicht.

Braunschweig, am 20. November 1851.

Der Stadt-Magistrat daselbst.

H. Caspari. Ernst Meyer.

G. C. E. Mack. G. W. Hincke. A. Bammel.

J. N. Grote. F. Seele.

Statut,

die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Statuts vom 20. November 1851, die Verwaltung der Weichbildsgemeinden und Feldmarks-Interessenschaften in der Stadt Braunschweig betreffend,
enthaltend.

Sobald in einer der sechs Weichbildsgemeinden und Feldmarks-Interessenschaften der hiesigen Stadt eine Uebereinkunft zwischen den beiden Genossenschaften über die Vereinigung beider getroffen ist und die erforderliche Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums erhalten hat, hört das durch das Statut vom 20. November 1851 begründete Verhältniß auf und es treten dann folgende Bestimmungen in Wirksamkeit:

§. 1.

Die Angelegenheit der vereinigten Weichbilds-Gemeinde und Feldmarks-Interessenschaft, welche dann nur noch als Feldmarks-Interessenschaft bezeichnet wird,

werden dann durch eine Deputation verwaltet, welche aus 7 zu den Grundbesitzern der Interessentschaft gehörenden Personen bestehen muß. Diese Deputation hat auch das Vermögen der Interessentschaft zu verwalten und ein Mitglied derselben die Rechnungsführung zu besorgen.

§. 2.

Zu der Wahl der Deputirten sind sämmtliche Grundbesitzer der Interessentschaft mittelst einer in die hiesigen Anzeigen drei Mal einzurückenden, den Zweck der Versammlung genau bezeichnenden Bekanntmachung von der Verwaltungs-Deputation einzuladen.

Die Wahl geschieht nach relativer Stimmenmehrheit der erschienenen Wähler. Die Anwesenheit einer gewissen Zahl der Wähler ist zur Bornahme der Wahl nicht erforderlich und es ist die Theilnahme an dem Wahltermine dem freien Willen der Interessenten überlassen.

§. 3.

In den Versammlungen der sämmtlichen Mitglieder der Interessentschaft, dieselben mögen zum Zwecke einer Wahl oder zur Beschlußfassung über andere Gegenstände stattfinden, hat jeder Grundbesitzer in der Interessentschaft bei einem Grundbesitze

bis incl. 5 Morgen 1 Stimme,

bis 10 Morgen incl. 2 Stimmen,

bis 20 Morgen incl. 3 "

bis 50 Morgen incl. 4 Stimmen,

bis 100 Morgen incl. 5 "

über 100 Morgen 10 "

abzugeben, ohne Rücksicht auf die Qualität der von ihm im Umfange des Bezirks der Interessentschaft besessenen Grundstücke.

Die Deputation hat auf Grund des nach §. 42 des Statuts vom 20. Novbr. 1851 aufgestellten Grundstücks-Verzeichnisses und der jeweilig angemeldeten Veränderungen desselben (cfr. unten §. 9) eine alphabetische Rolle der Feldmarks-Interessenten mit Angabe der jeweiligen Stimmberechtigung anzulegen, deren Einsicht den Interessenten zu gestatten ist.

§. 4.

In den Versammlungen der Interessentschaft führt ein Mitglied der Deputation den Vorsitz und leitet die Verhandlungen, während ein anderes Deputations-Mitglied, ein Mitglied der Interessentschaft oder ein zugezogener Rechtsverständiger das Protocoll führt; die übrigen Deputations-Mitglieder gelten als Assistenten des Vorsitzenden.

Die Anträge der Deputation, sowie die Beschlüsse der Versammlung werden zu Protocoll genommen. Anträge einzelner Interessenten sind der Deputation mitzutheilen und von dieser der Versammlung vorzulegen. Die Fragen, über welche abzustimmen ist, sind, abgesehen von vorzunehmenden Wahlen, immer so zu stellen, daß

mit Ja oder Nein geantwortet werden kann. Die Abstimmung geschieht durch Stimmzettel, welche von der Deputation abgestempelt und an die Abstimmenden vertheilt werden, und auf denen, wenn der Empfänger zu der Abgabe von mehr als einer Stimme berechtigt ist, die Anzahl der Stimmen von der Deputation bemerkt werden muß.

Das aufzunehmende Protocoll ist von den anwesenden Deputations-Mitgliedern, dem Protocollführer und drei Interessentschafts-Mitgliedern zu unterschreiben und hat volle Beweisraft sowohl gegen die nicht erschienenen Interessentschafts-Mitglieder, als gegen dritte, namentlich zur Legitimation der Deputation wegen ihrer auf die Interessentschaftsbeschlüsse zu gründenden Anträge.

Frauenzimmer können sich durch einen von ihnen der Deputation anzuzeigenden Bevollmächtigten vertreten lassen; indeß können verheirathete Frauenzimmer auch ohne besondere Vollmacht durch ihre Ehemänner vertreten werden. Minderjährige oder sonstige Pflegebefohlene werden durch ihre Vormünder oder Curatoren vertreten. Eine sonstige Bevollmächtigung ist unstatthast.

§. 5.

Rücksichtlich der Verpflichtung der Interessentschafts-Mitglieder zur Annahme des Amts eines Deputirten, sowie des Rechts zur Bekleidung eines solchen Amts, der Stellung und Remunerirung des Rechnungsführers, der Dauer des Amts eines Deputirten, der Wiederwahl

derselben, der Strafen für Ablehnung des Deputirten-Amtes, der Dienstverpflichtung der Deputations-Mitglieder, der Geschäftsführung der Deputationen, und der besonderen Verpflichtungen des Rechnungsführers finden die Bestimmungen der §§. 3 bis 11. incl. des Statuts vom 20. November 1851 auch auf die von der Feldmarks-Interessenschaft zu wählende Deputation Anwendung, der §. 5 jedoch nur insoweit derselbe nicht durch die unten folgenden transitorischen Bestimmungen abgeändert ist.

§. 6.

In Beziehung auf die Amtsobliegenheiten und Berechtigungen der Verwaltungs-Deputationen kommen die Bestimmungen der §§. 12 bis 17 incl. sowie der §§. 31 bis 36 incl. des gedachten Statuts rücksichtlich der demnächstigen Deputation der Feldmarks-Interessenschaft, zur Anwendung.

§. 7.

Rücksichtlich der Befugnisse des Rechnungsführers, der Rechnungsführung selbst und der Abnahme der Rechnung hat es bei den Vorschriften der §§. 20 bis 24 incl. des erwähnten Statuts auch für den Rechnungsführer der Feldmarks-Interessenschaft sein Verbleiben.

§. 8.

Wegen der Aufbringung der Kosten der Verwaltung und der sonstigen Interessenschafts-Ausgaben, behalten

die §§. 37 bis 39 des mehrgedachten Statuts auch fernere Gültigkeit.

§. 9.

Eine jede in Beziehung auf die zu der Feldmarks-Interessentschaft gehörenden Grundstücke eintretende Besitzveränderung ist dem Rechnungsführer von dem neuen Adquirenten bei einer der Feldmarks-Interessentschaft zufallenden Strafe von 5 *gc* binnen 14 Tagen anzuzeigen. Die Strafe wird von dem Feldhüter und nöthigenfalls von dem städtischen Executor auf Kosten des Säumnigen executivisch eingezogen.

§. 10.

Ist in Folge der Bestimmungen dieses Statuts (§. 17 des Statuts vom 20. November 1851) die Vereinerung sämmtlicher Interessenten nöthig, oder hält die Verwaltungs-Deputation solche für zweckmäßig, so sind die Interessenten nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 2 vorzuladen, und die auf die Vorladung erscheinenden Grundbesitzer fassen dann nach absoluter Mehrheit über den zu berathenden Gegenstand Beschluß, welcher auch die übrigen nicht erschienenen bindet.

Das Verfahren in solchen Versammlungen ist, wie in den §§. 3 und 4 vorgeschrieben worden.

§. 11.

Die in den §§. 44 bis 47 incl. des Statuts vom 20. Novber. 1851 enthaltenen Bestimmungen finden künftig auch auf die Feldmarks-Interessentschaft Anwendung.

Transitorische Bestimmungen.

§. 12.

Wenn in einer Feldmark der hiesigen Stadt die Auseinandersetzung zwischen der Weichbildsgemeinde und der Feldmarks-Interessenschaft stattgefunden hat und dieselbe genehmigt ist, somit die Bestimmungen dieses Statuts zur Anwendung kommen, so hat die bisherige Weichbilds-Verwaltungs-Deputation nach den Vorschriften im §. 2 binnen 4 Wochen eine Versammlung sämmtlicher Feldmarks-Interessenten zur Wahl von 2 Deputations-Mitgliedern zu berufen, welche an die Stelle derjenigen Deputations-Mitglieder treten, welche nach dem unter denselben bestehenden Turnus zunächst austreten müssen, dann aber als die jüngsten Mitglieder der Deputation betrachtet werden und zuletzt ausscheiden.

Die übrigen 4 Deputations-Mitglieder und der Rechnungsführer bleiben so lange in Function, als ihr Amt nach den Bestimmungen des Statuts vom 20. November 1851 noch dauert, und werden dann durch Neuwahlen nach den Vorschriften dieses Statuts ergänzt.

§. 13.

Bleibt die bisherige Weichbildsgemeinde noch im Besitze gemeinschaftlicher Vermögenstheile, so hat die neue Feldmarks-Verwaltungs-Deputation auch die Administration dieses gemeinschaftlichen Vermögens der Weichbilds-Interessenten zu besorgen und in Beziehung auf dieselben

alle diejenigen Rechte auszuüben und Pflichten zu erfüllen, welche der Weichbildsgemeinde-Deputation rücksichtlich des Vermögens der Weichbildsgemeinde durch das Statut vom 20. November 1851 beigelegt sind.

Müssen über solche Vermögenstheile Beschlüsse gefaßt werden, so haben darüber nur die Mitglieder der früheren Weichbildsgemeinde und zwar nach Maßgabe des §. 18 des Statuts vom 20. November 1851 zu beschließen.

Vorstehendes Statut wird, nachdem Herzogliches Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 16. d. Mts., N^o 5647, die Genehmigung dazu ertheilt hat, hiermit veröffentlicht.

Braunschweig, den 21. Juni 1869.

Der Stadt-Magistrat daselbst.

H. Caspari. A. Bammel.

J. N. Grote. F. Rittmeyer. H. Bardenwerper.

G. O. Carstens. C. W. Ramdohr.